

(A) **Ernst Schwanhold**, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr: Herr Ellerbrock, ich würde Ihnen gerne einen Vortrag über die Emissionen beim Schall halten. Dann könnte ich Ihnen sagen, dass Wände und Masse zwischen Lärmquelle und Aufnahme in die Gehörgänge durchaus eine gewisse dämpfende Wirkung haben. Das ist der erste Unterschied. Deshalb muss man sich die Grenzwerte noch einmal anschauen. Herzlichen Dank für die Frage. Das ist ein Argument, sich intensiver damit zu befassen. Vielleicht machen Sie, Herr Engel, noch einmal einen neuen Antrag. Ich hätte gedacht, wir bekämen etwas mehr Beratungszeit. - Herzlichen Dank für Ihre Geduld.

Vizepräsident Dr. Helmut Linsen: Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Gehen wir jetzt in den Biergarten?)

(B) Die Antragstellerin hat entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung um **direkte Abstimmung** über ihren Antrag gebeten. Wir stimmen deshalb über den Inhalt des **Antrages Drucksache 13/2733** ab. Wer ist für den FDP-Antrag? -

(Joachim Schultz-Tornau [FDP]: Das ist fast die Mehrheit!)

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? -

(Ministerin Bärbel Höhn: 18 Stimmen sind zu wenig!)

Damit ist der Antrag Drucksache 13/2733 der FDP mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der CDU **abgelehnt** worden.

Ich rufe auf:

5 Gesetz zur Förderung und Stärkung des Mittelstandes (Mittelstandsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/2707

erste Lesung

(C) Zur Einbringung des Gesetzentwurfes erteile ich Herrn Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr das Wort. Bitte schön, Herr Minister Schwanhold.

Ernst Schwanhold, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe gestern in meiner 10/11-jährigen Laufbahn als Parlamentarier eine neue Erfahrung gemacht, nämlich eine ausgesprochen kurze Einbringungsrede des Kollegen Dieckmann zu einem Gesetz, für das er keine Zuständigkeit hat. Das war Klasse, Herr Kollege Dieckmann.

Da wir ungefähr anderthalb Stunden hinter dem Terminplan hinterherhinken, das Mittelstandsgesetz eine Forderung aller Fraktionen dieses Hauses ist, wir sicherlich etwas unterschiedliche Positionen haben, ob an der einen oder anderen Stelle weit genug gegangen wird, was zusätzlich aufgenommen werden muss oder wo die Interessen der mittelständischen Wirtschaft noch nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt sind, wird der Schwerpunkt der Beratungen zunächst einmal auf die Anhörungen zurückgeführt werden.

(D) Diesen Anhörungen stellen wir uns gerne. Ich halte es für ausgesprochen wichtig, dass diejenigen, die von diesem Mittelstandsgesetz profitieren sollen, nämlich die mittelständische Wirtschaft inklusive der Verbände, dabei zu Wort kommen.

Wir sind für alle Anregungen offen und ich möchte Sie bitten, im Rahmen einer gründlichen parlamentarischen Beratung - nachdem wir die Anhörungen durchgeführt haben - dieses Mittelstandsgesetz am Ende auf breiter Basis mit dem Impuls zu versehen, dass wir den Strukturwandel vorwiegend mit der mittelständischen Wirtschaft schaffen. Dort werden Arbeitsplätze geschaffen und dort sind die Bedingungen für schnelles Reagieren auf die Märkte sehr viel besser aufgehoben als in den großen Strukturen, die wir auch benötigen und nicht gegeneinander stellen müssen.

Deshalb würde ich auf meine Redezeit von verbleibenden elf Minuten gerne verzichten und in der abschließenden Lesung, wenn wir die Argumente vorgetragen bekommen haben, diese gegeneinander gewichten. In den Ausschüssen haben wir dazu die Möglichkeiten. Ich möchte for-

(Minister Ernst Schwanhold)

(A) mal für die nordrhein-westfälische Landesregierung das Mittelstandsgesetz einbringen. - Herzlichen Dank für Ihre Geduld.

(Beifall bei der SPD und von Dr. Ute Dreckmann [FDP])

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Minister Schwanhold. - Wenn diese kurze Redezeit des Ministers stilbildend auf die nachfolgenden Redner wirkt, hat das Präsidium nichts dagegen. - Ich rufe als nächsten Redner den Kollegen Bischoff von der SPD auf.

Werner Bischoff (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dieser Vorgabe des Ministers, nach den freundlichen Hinweisen des sitzungsleitenden Präsidenten möchte ich darauf hinweisen, dass wir es genau so sehen wie der Minister. Wir freuen uns auf die Beratung im Ausschuss und werden dort unsere Argumente nach Anhörung aller Beteiligten im Detail vertiefen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Bischoff. - Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Weisbrich.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist wirklich eine hohe Messlatte, mit der man umgehen muss. Ich will mich zwar im Grunde genommen auch daran halten, möchte aber dennoch erklären, wie wichtig es ist, dass in diesem Gesetz die Einführung einer Mittelstandsverträglichkeitsprüfung steht.

Als ich gestern die Zeitung aufgeschlagen und den Vorschlag von Frau Höhn gelesen habe, eine Wasserabgabe einzuführen, ist mir glatt die Geschichte von den zwei Studenten eingefallen, die für eine Afrika-Reise sparen wollten. Einer von ihnen kam völlig abgehetzt nachhause und erklärte voller Stolz: Ich habe schon wieder 20 Pfennig gespart; ich bin von der Uni bis hier hinter der Straßenbahn hergerannt. Woraufhin sein Kollege sagte: Du Idiot, wärst du hinter einem Taxi hergerannt, hättest du 5 DM gespart. Ich hoffe, dass

uns die Mittelstandsverträglichkeitsprüfung davor bewahrt, dass Frau Höhn noch auf den Gedanken kommt, eine Luftabgabe einzuführen, denn die wäre zwar für den Mittelstand belastend, aber für die Haushaltssanierung sehr viel hilfreicher als die Wasserabgabe.

(Werner Bischoff [SPD]: Denken Sie an die Redezeit!)

Ich freue mich, Herr Minister, dass wir noch zu einer formellen Anhörung kommen, in der wir unsere Gedanken austauschen können. Ich denke, vor diesem Hintergrund brauche ich das, was ich Ihnen an Kritischem sagen wollte, jetzt nicht zu sagen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Diskussion mit den Betroffenen.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Weisbrich. - "Allgemeiner Beifall" wird im Protokoll vermerkt. - Die FDP wird jetzt durch Herrn Dr. Papke vertreten.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Schwanhold, Sie wissen, dass wir für Ihren Appell, Gesetzesinitiativen und Anträge, die aus Ihrem Hause kommen, mit möglichst großer Mehrheit zu beschließen, immer offen sind, natürlich nicht unter Ausklammerung der Voraussetzung, dass diese Gesetze wirtschaftspolitisch sinnvoll sind. In diesem Fall handelt es sich um einen Gesetzentwurf, der in der Tat für unsere kleinen und mittleren Unternehmen von großer Bedeutung sein kann.

Auch ich möchte mir an dieser Stelle das Eingehen auf weitere Details ersparen und dies auf die spätere Beratung des Gesetzes im Ausschuss und im Plenum verschieben.

Aber diesen Hinweis gestatten Sie mir doch: Wir müssen bei der bisherigen Grundlage zur Kenntnis nehmen, dass noch erheblicher Beratungsbedarf besteht. Und wer weiß: Vielleicht finden wir bei dem wichtigen Gesetz für das Land Nordrhein-Westfalen doch noch inhaltlich zueinander und können ein Gesetz beschließen, dass den kleinen und mittleren Unternehmen wirklich zugute

(C)

(D)

(Dr. Gerhard Papke [FDP])

(A) kommt. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Papke. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Wenn wir hier schon einen Schnelldurchlauf machen, will ich mich dem durchaus anschließen. Trotzdem möchte ich ganz kurz zu drei Punkten des Gesetzentwurfs, den wir insgesamt für eine gute Grundlage halten, etwas sagen, denn bei diesen sehen wir Nachbesserungsbedarf.

Zum einen geht es um die Modalitäten der Mittelstandsprüfung. Aus unserer Sicht ist noch sehr unklar, welche Kriterien dort herangezogen werden und welchen Aufwand sie in den Verwaltungen verursacht. Das ist ein Problemkreis.

(B) Der zweite ist die Einbeziehung von Unternehmen bis zu einer Größe von 1.000 Beschäftigten. Wir halten diese Zahl insgesamt für zu hoch. Ich denke, dass hier die Grenze deutlich niedriger liegen muss, also etwa bei 250 Beschäftigten, sodass es auch mit den EU-Richtlinien vereinbar ist.

Ein dritter Problemkreis ist die gesamte öffentliche Vergabep Praxis nach VOB, VOL usw. Ich denke, auch das wird ein Thema sein, worüber wir uns noch im Detail unterhalten müssen.

Wie gesagt, ich will jetzt auch nicht länger sprechen, aber diese drei Themenbereiche werden wir in den Ausschusssitzungen und auch bei der späteren Verabschiedung des Gesetzes berücksichtigen müssen. - Einen schönen Tag noch!

(Heiterkeit)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Schluss der Beratung.

Ich lasse abstimmen über die **Überweisung des Gesetzentwurfs** der Landesregierung **Drucksache 13/2707** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mit-**

telstand und Technologie - federführend - sowie mitberatend an den **Haushalts- und Finanzausschuss**, den **Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform** sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Wer mit dieser Überweisungsempfehlung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig **beschlossen**.

Ich rufe auf:

6 Rot-grüner Entwurf eines Landeshundegesetzes muss sofort zurückgezogen werden

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2718

Ich weise auf den **Änderungsantrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 13/2768** hin. Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Pick das Wort.

(D) **Clemens Pick** (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können die Debatte sehr schnell beenden, wenn denn die übrigen Fraktionen unserem Antrag, für den wir ja direkte Abstimmung beantragt haben, zustimmen. Dann könnten wir gleich in den Feierabend gehen. Aber ich sehe, das ist offenbar nicht der Fall. Insofern müssen wir uns mit dem Thema wohl auseinandersetzen.

Wir haben das Kapitel Landeshundeverordnung seit zwei Jahren in diesem Hause verschiedentlich diskutiert. Dabei ist von Anfang an immer wieder deutlich geworden, dass Verordnung bzw. Gesetzentwurf für eine Umsetzung in der Praxis nicht taugen. Das ist immer wieder von allen Seiten gesagt worden, und zwar auch von der größten Regierungspartei. Man hat sich dennoch fortwährend mit dem beschäftigt, was aus dem Hause Höhn vorgelegt worden ist, obschon es gegenüber der jetzt zwei Jahre alten Landeshundeverordnung keinen Fortschritt darstellt.